

01. JULI 2026

Offenes Verfahren nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)  
Objektplanung Freianlagen

## A1 – ANGEBOTSBLATT

# INHALT

<b>1 /</b>	<b>Bietererklärung .....</b>	<b>3</b>
1.1 /	Angaben des Bieters .....	3
1.2 /	Bietergemeinschaft.....	4
1.3 /	Nachunternehmen mit Eignungsleihe .....	4
1.4 /	Nachunternehmen ohne Eignungsleihe .....	4
1.5 /	Auskünfte nach GWB .....	4
1.6 /	Verpflichtungserklärung HVTG.....	4
1.7 /	Eigenerklärung Russlandsanktionen .....	5
<b>2 /</b>	<b>Berufsstand.....</b>	<b>7</b>
2.1 /	Handels-/ Partnerschaftsregister .....	7
2.2 /	Berufszulassung .....	7
<b>3 /</b>	<b>Leistungsfähigkeit .....</b>	<b>8</b>
3.1 /	Haftpflichtversicherung .....	8
3.2 /	Jahresumsatz.....	8
3.3 /	Festangestellte Beschäftigte .....	8
3.4 /	Referenzen .....	9
<b>4 /</b>	<b>Angebot.....</b>	<b>11</b>
4.1 /	Angebotsbestandteile.....	11
4.2 /	Bietererklärung .....	12

# 1 / BIETERERKLÄRUNG

## 1.1 / ANGABEN DES BIETERS

---

**EINZELBIETER**☐**BIETERGEMEINSCHAFT**☐

---

Name Einzelbieter / Name Bietergemeinschaft		
Ansprechpartner bzw. bevollmächtigter Vertreter		
Straße		
PLZ/ Ort		
E-Mail (Ansprechpartner)		
Telefon (Ansprechpartner)		
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		
Größe des Wirtschaftsteilnehmers <sup>1</sup>	<input type="checkbox"/> Kleinunternehmen	<input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen
	<input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen	<input type="checkbox"/> Großunternehmen

---

<sup>1</sup> Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

**Kleinstunternehmen (K):** bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz;

**Kleines Unternehmen (KU):** bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz;

**Mittleres Unternehmen (MU):** bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz;

**Großunternehmen (G):** über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz.

### 1.2 / BIETERGEMEINSCHAFT

- A) Bietergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 43 VgV). Von Bietergemeinschaften ist ein gemeinsames Angebotsblatt auszufüllen. Eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung ist als Nachweis, dass die Bietergemeinschaft auf die Mittel aller Mitglieder tatsächlich zugreifen kann, einzureichen (vgl. Anlage A1.1). Weiterhin sind verschiedene Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft gesondert zu erbringen, dabei ist deutlich zu machen, welche Angaben von welchem Mitglied der Bietergemeinschaft stammen.

### 1.3 / NACHUNTERNEHMEN MIT EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen. Sofern der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist nachzuweisen, dass der Bieter auf die Mittel des anderen Unternehmens tatsächlich zugreifen kann (vgl. § 47 VgV). Hierzu ist die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe für jedes andere Unternehmen auszufüllen und dem Angebot beizufügen (vgl. Anlage A1.2).

### 1.4 / NACHUNTERNEHMEN OHNE EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann Teile des Auftrags an Nachunternehmen ohne Eignungsleihe (Unterauftragnehmer) vergeben. Bei Angebotsabgabe sind in der Verpflichtungserklärung (vgl. Anlage A1.3) die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen, ebenfalls muss mit Angebotsabgabe der Nachweis geführt werden, welche Leistungsanteile von dem Nachunternehmer erbracht werden. Die Nachunternehmer müssen vor Vertragsabschluss namentlich benannt sein.

### 1.5 / AUSKÜNFTE NACH GWB

- A) Sollten Ausschlussgründe nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, so wird der Bieter nach Prüfung dieser vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- B) Falls Ausschlussgründe nach **§ 123 GWB** und/oder **§ 124 GWB** vorliegen, sind für eine Selbstreinigung gemäß **§ 125 GWB** die entsprechenden Nachweise der Bewerbung unaufgefordert beizulegen.

<input type="checkbox"/>	Der Bieter erklärt, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
<input type="checkbox"/>	Der Bieter erklärt, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.

### 1.6 / VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG HVTG

#### **Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338**

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

- 1) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,**
- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden,

## SANIERUNG STADTHAUS GRAFENSTRASSE DARMSTADT

### A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN

verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.

- meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

**2) Ich/Wir erkläre/n,**

dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

**3) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,**

für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

**4) Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ◆ ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- ◆ nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.



Mit der Abgabe des Angebots verpflichtet sich der Bieter bzw. verpflichten sich alle Mitglieder der Bietergemeinschaft verbindlich zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338.

### 1.7 / EIGENERKLÄRUNG RUSSLANDSANKTIONEN

#### Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2025/1494 des Rates vom 18. Juli 2025

- 1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

## SANIERUNG STADTHAUS GRAFENSTRASSE DARMSTADT

### A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN

- 2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
  - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
  - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
  - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
  - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
  - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- 3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- 4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.



Mit der Abgabe des Angebots erklärt der Bieter bzw. erklären alle Mitglieder der Bietergemeinschaft verbindlich, nicht zu den in Artikel 5k Absatz 1 der vorgenannten Verordnung genannten Personen oder Unternehmen zu gehören.

## 2 / BERUFSSTAND

### 2.1 / HANDELS- / PARTNERSCHAFTSREGISTER

- A) Bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland ist der entsprechende Auszug aus dem Handels-/ Partnerschaftsregister erst im Auftragsfall vorzulegen.
- B) Bei Unternehmen mit einem Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist im Auftragsfall ein Auszug aus dem jeweiligen Handels-/ Partnerschaftsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vorzulegen
- C) Für Bietergemeinschaften ist die Anlage A1.1 zu verwenden.

<input type="checkbox"/>	Der Bieter erklärt, im untenstehenden Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen zu sein.	
	Register/ Nummer	
<input type="checkbox"/>	Der Bieter erklärt, <b>nicht</b> zur Eintragung im Handels-/ Partnerschaftsregister verpflichtet zu sein.	

### 2.2 / BERUFSZULASSUNG

- A) Als Bewerber sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Landschaftsarchitekt/in“ zu tragen
- B) Bei juristischen Personen muss mindestens eine natürliche Person die Eintragung in der Kammer nachweisen. Für ausländischen Bewerber sind vergleichbare Nachweise unter Beachtung der Berufsanerkennungsrichtlinie 2013/55/EU vorzulegen.
- C) **Mindestkriterien:**
- ♦ Eintragung bei einer Architektenkammer mit der Berufsbezeichnung „Landschaftsarchitekt/in“.

<input type="checkbox"/>	Der Bewerber erklärt, über die geforderte Eintragung für die Berufsbezeichnung „Landschaftsarchitekt/in“ bei einer Architektenkammer zu verfügen. Die entsprechenden Nachweise sind beigelegt.
--------------------------	---

## 3 / LEISTUNGSFÄHIGKEIT

### 3.1 / HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

#### A) Mindestdeckungssummen

- ◆ Personenschäden: 2.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)
- ◆ Sachschäden: 2.000.000 EUR (pro Schadensfall, min. 2-fache Jahresmaximierung)

<input type="checkbox"/>	Der Bieter erklärt, dass eine Haftpflichtversicherung mit den oben genannten Mindestdeckungssummen bei einem in der EU zugelassenen Versicherer vorliegt bzw. dass falls eine bestehende Haftpflichtversicherung die o.g. Mindestdeckungssummen nicht enthält, im Auftragsfall eine solche Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird. Eine bestehende Versicherungspolice ist beigelegt.
--------------------------	---

### 3.2 / JAHRESUMSATZ

- A) Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bieters, der Bietergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterium:**
- ◆ Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 300.000 EUR (in Summe mind. 900.000 EUR)

J A H R	2 0 2 3	2 0 2 4	2 0 2 5
Netto-Gesamtumsatz			

### 3.3 / FESTANGESTELLTE BESCHÄFTIGTE

- A) Erklärung zu den durchschnittlich festangestellten Beschäftigten zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots und in den beiden davor liegenden Jahren mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebene oder vergleichbare Leistung.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bewerbers, der Bewerbergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterium:**
- ◆ Mind. 2 festangestellte Landschaftsarchitekten (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 3 Jahren Berufserfahrung

J A H R	2 0 2 3	2 0 2 4	2 0 2 5
<b>Landschaftsarchitekten</b> mind. 3 Jahren Berufserfahrung			

### 3.4 / REFERENZEN

- A) Der Nachweis der geforderten Referenzen erfolgt durch Eintragung in den nachfolgenden Referenzblättern. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte.
- B) Der Bewerber hat zur Darlegung der Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen:

- ♦ **2 Referenzen:** Umgestaltung, Erweiterung oder Instandsetzung von Freianlagen im Bestand

**Mindestkriterien für alle Referenzen**

- ♦ Umgestaltung, Erweiterung oder Instandsetzung von Freianlagen im Bestand
- ♦ Fertigstellung von Leistungen der Objektplanung Freianlagen (mindestens Leistungsphasen 2-5 gemäß § 39 HOAI) innerhalb der letzten 8 Jahre (07/2018 - Zeitpunkt der Angebotsfrist)

**Weitere Mindestkriterien für Referenz 1 oder 2**

- ♦ Planung von Freianlagen im Zusammenhang mit einem Büro- oder Verwaltungsgebäude

- C) Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung dargestellt werden.

#### REFERENZ 1

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

#### MINDESTKRITERIEN

Referenzprojekt ist eine Umgestaltung, Erweiterung oder Instandsetzung von Freianlagen im Bestand	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung von Leistungen der Objektplanung Freianlagen (mindestens Leistungsphasen 2-5 gemäß § 39 HOAI) innerhalb der letzten 8 Jahre (07/2018 - Zeitpunkt der Angebotsfrist)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
	Fertigstellung (MM/JJJJ) _____

#### WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Planung von Freianlagen im Zusammenhang mit einem Büro- oder Verwaltungsgebäude	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

## SANIERUNG STADTHAUS GRAFENSTRASSE DARMSTADT

### A1 - ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN

#### REFERENZ 2

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

#### MINDESTKRITERIEN

Referenzprojekt ist eine Umgestaltung, Erweiterung oder Instandsetzung von Freianlagen im Bestand	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss]
Fertigstellung von Leistungen der Objektplanung Freianlagen (mindestens Leistungsphasen 2-5 gemäß § 39 HOAI) innerhalb der letzten 8 Jahre (07/2018 - Zeitpunkt der Angebotsfrist)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [Ausschluss] Fertigstellung (MM/JJJJ) _____

#### WEITERE MINDESTKRITERIEN (ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1 ODER 2)

Planung von Freianlagen im Zusammenhang mit einem Büro- oder Verwaltungsgebäude	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

## 4 / ANGEBOT

### 4.1 / ANGEBOTSBESTANDTEILE

Grundlage dieses Angebotes sind die übermittelten Vergabeunterlagen inkl. der Anlagen.  
Unserem A1 – Angebotsblatt sind folgende Unterlagen beigelegt:

- ☐ A1.1 - Bietergemeinschaftserklärung (nur bei Bietergemeinschaften einzureichen)
- ☐ A1.2 - Verpflichtungserklärung Eignungslleihe (nur bei Eignungslleihe einzureichen)
- ☐ A1.3 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (nur bei Einbeziehung eines Unterauftragnehmers einzureichen)
- ☐ Nachweis Berufshaftpflichtversicherung
- ☐ Nachweis Kammermitgliedschaft
- ☐ Projektbeschreibung Referenzprojekt
- ☐ Umsetzungskonzept
- ☐ A2 - Honorarblatt

**4.2 / BIETERERKLÄRUNG**

Mit der nachfolgenden Unterzeichnung bestätigt der Bieter,

- ◆ alle Vergabeunterlagen sowie den Vertragsentwurf lückenlos zur Kenntnis genommen zu haben;
- ◆ sämtliche in den Vergabeunterlagen enthaltenen und darin in Bezug genommene Verfahrens- und Vertragsbedingungen anzuerkennen;
- ◆ dass mit den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen vertraulich umgegangen wurde;
- ◆ dass eine falsche Angabe den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zur Folge hat;
- ◆ dass bei Abgabe dieses Angebots keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) begangen wurden;
- ◆ mit der Verarbeitung und Speicherung der im Rahmen des Vergabeverfahrens mitgeteilten personenbezogener Daten einverstanden zu sein.

--	--

Ort, Datum

Erklärender im Sinne des § 126 b BGB